Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 50 (1956)

Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : Liberalisierung der Sowjetunion? ; Stärke, nicht Schwäche ; Frieden und Sozialismus ; Die grosse Chance ; Erschütterter Westblock ; Zersetzung... ; ...und Aufbau

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140082

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Liberalisierung der Sowjetunion? In den zwei Monaten, die seit dem Abschluß unserer letzten Rundschau vergangen sind, ist die Welt nicht stillgestanden. Es ist sogar recht viel passiert – in Europa und Amerika, in Nordafrika und in Vorderasien, im Fernen Osten wie im «Nahen Westen» –, und es sind Entwicklungen unterwegs, die das Gesicht unserer alten Erde gänzlich umzugestalten fähig sind*. Aber ich glaube doch nicht zu übertreiben, wenn ich von all diesen Ereignissen und Vorgängen dem 20. *Parteitag der sowjetischen Kommunisten* die potentiell am weitesten tragende Bedeutung gebe, auch wenn damit nicht der Sensationsmacherei Vorschub geleistet werden soll, die besonders in den westlichen Ländern diesen Kongreß umgeben hat. Er ist auf jeden Fall bedeutsam genug, um uns diesmal einläßlicher zu beschäftigen, als es gemeinhin solche Tagungen verdienen.

Am auffälligsten war dabei natürlich die rücksichtslose, fast brutale Art, mit der die jetzigen politischen Leiter der Sowjetunion von ihrem früheren Abgott Joseph *Stalin* abgerückt sind. Nicht nur seine Person, sondern auch seine Leistungen in Krieg und Frieden und seine politischen und sozialen Lehren sind mit einer Schärfe und Ungeniertheit heruntergemacht worden, die wirklich nur in Rußland möglich ist, und unsere Presse hat denn auch nicht verfehlt, teils hämisch, teils selbstgerecht-pharisäisch diese fast beispiellos dastehende Verbrennung all dessen, was man früher in der kommunistischen Welt angebetet hatte, seitenlang zu kommentieren. Kein Wunder auch, daß die außersowjetischen Kommunisten größte Mühe haben, sich mit dieser erstaunlichen Wendung abzufinden, und daß in der Sowjetunion selbst die Stoßkur – «Choctherapie» – der Chruschtschew, Mikoyan und Konsorten zum Teil ganz andere Wirkungen erzeugt, als ihre Urheber angenommen haben dürften. Der Schreibende hat wahrlich den seinerzeitigen Stalinkult immer – auch an dieser Stelle – als das erklärt, was er wirklich war: als Götzendienst, minderen Religionsersatz. Aber gerade darum ist ihm die heutige Verkleinerung und Verketzerung Stalins, wie sie nament-

* Ich meine damit nicht den phantastisch anmutenden Plan des in Kalifornien tätigen, ursprünglich schweizerischen Astrophysikers Fritz Zwicky, mit Hilfe der Atomkraft ein paar Planeten – Jupiter, Saturn, Neptun vor allem – zu bombardieren, sie in neue Bahnen zu zwingen, große Substanzmassen von ihnen abzuspalten und anderen, kleineren Satelliten, ja sogar dem Mond zuzuführen und so auf diesen Gestirnen Lebensbedingungen zu schaffen, die denjenigen der Erde ähnlich wären – womit dann dank der Weltraumschiffahrt das Bevölkerungsproblem der Erde gelöst wäre ... Das mag verrückt erscheinen, mag recht eigentliche Hybris, Vermessenheit, sein, ist aber doch ein Hinweis darauf, was für Kräfte heute am Werk sind, um all unsere Lebensformen und gesellschaftlichen Ordnungen radikal umzuwälzen.

lich gewisse westliche Kommunisten betreiben, fast ebenso zuwider. (Die sowjetischen Parteiführer haben wenigstens die Entschuldigung für sich, daß sie sich dem Henker ausgeliefert hätten, wenn sie gegen die persönliche Diktatur des Allgewaltigen aufgemuckt hätten.) Viel würdiger und sachlicher zugleich ist das Urteil, das Isaak Deutscher, der sehr antikommunistische Biograph Stalins, am Schluß seines wertvollen Buches über seinen «Helden» abgibt:

«Stalin kann nicht mit Hitler den Tyrannen zugerechnet werden, die eine absolut wert- und nutzlose Leistung aufzuweisen haben. Hitler war der Führer einer unfruchtbaren Gegenrevolution, während Stalin der Führer wie der Nutznießer einer tragischen, widerspruchsvollen, aber schöpferischen Revolution war ... Der bessere Teil von Stalins Werk wird ebenso sicher Stalin selbst überdauern, wie die besseren Teile des Werkes von Cromwell und Napoleon sie überdauert haben.»

Dessenungeachtet muß man sich freuen, daß mit der Entthronung Stalins das kommunistische Unfehlbarkeitsdogma einen Stoß bekommen hat, von dem es sich wohl nie wieder erholen wird. «Mit den Götzen aber wird es ganz aus sein.» (Jesaja 2, 18.) Mögen die heutigen Stalinhinrichter ein inneres Recht zu ihren Anklagen haben oder nicht (ich vermute, sie hätten nicht viel anders gehandelt, wenn sie in den Kämpfen mit Trotzkij und den weithin von Nazideutschland korrumpierten Partei- und Armeeführern selbst die entscheidenden Beschlüsse hätten fassen müssen): man wird sich in Zukunft in der Sowjetunion und in den kommunistischen Parteien der übrigen Länder stets daran erinnern, daß Lehre und Praxis des einst als unfehlbar erklärten «großen Führers der Völker» nachher in wichtigen Punkten als falsch erklärt wurden – und sich hoffentlich auch schämen, daß man so lange so kritiklos alles übernommen hat, was als offizielle Wahrheit von Moskau aus verkündet wurde. Die schon erfolgte oder doch zu erwartende Ehrenrettung der Bucharin und Radek, der Gomulka und Slansky (in Polen und der Tschechoslowakei), der Kostoff und Rajk (in Bulgarien und Ungarn) und der vielen anderen «liquidierten» Stalingegner vermag die mehr oder weniger *unschuldig* Umgebrachten zwar nicht mehr zum Leben zu erwecken, macht aber einigermaßen doch den moralischen Schaden wieder gut, den die Parteisäuberungen und Schreckensurteile der Sache der Sowjetunion und des Weltsozialismus zugefügt haben.

Und was praktisch noch wichtiger ist: sie macht die Bahn frei für eine wesentliche *Lockerung der Diktatur* in der Sowjetunion selbst wie in den anderen kommunistisch regierten Ländern. Wie Henry Shapiro, Vertreter der amerikanischen United-Preß-Agentur in Moskau, schrieb (siehe zum Beispiel «Tagesanzeiger» vom 22. März):

«Stalinismus bedeutete nicht nur die Verehrung des Väterchens oder großen Bruders im Kreml, sondern auch das Auftreten Dutzender von ‚kleinen Stalins' in der Person von lokalen Parteibonzen, die in ihrem Bereich ‚das Gesetz' darstellten. Die Kampagne gegen den Personenkult

richtet sich gegen alle Schichten der pyramidenförmig aufgebauten Staatsmacht bis hinunter zu den Leitern lokaler Parteizellen, die sich einst als ‚kleine Stalins' betrachteten. Die Staudämme vor der Diskussion und der Kritik sind geöffnet worden, und jeder sowjetische Bürger beginnt eine *Freiheit von der Furcht zu genießen.* Nie zuvor in den 20 Jahren, in denen ich in diesem Lande ansässig bin, habe ich so offene und ungehemmte Reden gehört wie jetzt bei allen Gelegenheiten, wenn mehr als zwei Bürger zusammenkommen. Als ich einem russischen Bekannten gegenüber meinem Erstaunen über diese Offenheit Ausdruck gab, meinte dieser: ‚Die Katz ist tot, die Katz ist tot.'

Der Bürger wird sogar ermutigt und aufgefordert, zu sprechen und zu kritisieren ... ‚Keine Wunderarbeiter und keine heiligen Kühe mehr' ist die Devise, die von höchsten Führern vor großen Zuhörerschaften propagiert wird. Einer der populärsten Slogans, der sich gegenwärtig in den Notizbüchern der Agitatoren findet, ist der Ausspruch von Marx, der die ‚abergläubische Unterwerfung unter die Autorität' verurteilt.»

Ähnlich äußert sich die in Amerika lebende deutsche «Trotzkjistin» (also «Antistalinistin») Ruth Fischer in einem kürzlich veröffentlichten Aufsatz:

«Seit der Exekution Berias hat sich in Rußland eine innere Revolution auf dem Gebiet der Justiz vollzogen, oder besser gesagt, eine große stille Reform von oben. Die MWD-Kommissionen, die willkürlich verhaften konnten, sind durch ein Geheimdekret im September 1953 abgeschafft worden. Viele Tausende, Zehntausende — wir kennen keine exakten Ziffern, aber es geht in sehr hohe Zahlen — von Inhaftierten werden überprüft und rehabilitiert. Die Arbeitslager sind zum Teil aufgelöst, zum Teil umgewandelt, zum Teil sind die Insassen zwangsangesiedelt worden, aber als freie Arbeiter in freien Gegenden. Es ist eine Justizreform im Gang, die auf eine Normalisierung und Legalisierung des Staatslebens hinzielt, die Schaffung einer Art Sowjet-«Rechtsstaat», den die Oppositionen immer gefordert haben. Es ist zugleich eine stillschweigende Revision des Arbeitskodex in Fluß. Amerikanische Beobachter stellten fest, daß man ganz ungezwungen von Moskau nach Georgien fahren und dort Arbeit suchen kann. Zugleich versucht man, sich wenigstens den westlichen Formeln insoweit anzupassen, als jetzt das Sowjetparlament, also die obersten Sowjetkongresse, regelmäßiger zusammentreten, das Budget vorgelegt bekommen, sich parlamentarischer Methoden befleißigen.»

Das ist eine Entwicklung, die heute noch ganz unabsehbare Möglichkeiten eröffnet. Noch ist die Sowjetunion eine Diktatur und wird es vorerst bleiben; aber sie ist nicht mehr die Diktatur eines unabsetzbaren, unverantwortlichen Führers, der keinen Widerspruch duldete, sondern die Diktatur eines «Kollektivs», das heißt der Kommunistischen Partei, in deren Reihen wieder diskutiert und opponiert werden kann, ohne daß dies als Staatsverbrechen geahndet wird, mit der Wirkung, daß sich ein Gefühl stärkerer Rechtssicherheit und größerer Geschütztheit der persönlichen Freiheitssphäre verbreitet. Ist es verwegen, zu erwarten, daß aus dieser «*innerparteilichen* Demokratie» mit der Zeit auch eine *allgemein-politische* Demokratie entstehen wird, wenn sie

auch gewiß (und mit Recht) andere Formen annehmen wird, als sie auf bürgerlich-kapitalistischem Boden gewachsen sind? Solche Vorgänge haben eben ihre eigenen Gesetze; ist einmal Willkürherrschaft und Staatsallmacht *grundsätzlich* verpönt, ist ein gewisses Maß von Rechtssicherheit und Meinungsfreiheit wirklich gewährleistet (wie es jetzt der Fall zu sein scheint), so treibt die Logik der Dinge von selbst weiter – auch in einer Richtung, die die Herrschenden heute noch gar nicht wünschen.

Stärke, nicht Schwäche Ganz selbstverständlich begegnet die begonnene Lockerung der sowjetischen Diktatur in der «freien» Welt (die ihre Ketten gar nicht mehr spürt) stärkstem Zweifel, ja völlig glaubenslosem Zynismus. Höchstens daß man sich einbildet, die Liberalisierung der Sowjetunion sei die Folge des wachsenden Druckes des Westblocks und ein Beweis für die Richtigkeit der «Politik der Stärke», wie dies beispielsweise Staatssekretär Dulles geäußert hat. Die Kriegsrüstungen, so schließt man daraus, müßten also konsequent weitergetrieben werden; «die friedliche (!) Befreiung der gefangenen Völker (des Ostens) war und bleibt», so erklärte der amerikanische Staatssekretär schon Ende des letzten Jahres, «bis zur vollständigen Erreichung dieses Zieles die Hauptaufgabe der Außenpolitik der Vereinigten Staaten».

Solche Betrachtungsweise heißt aber die tatsächliche Lage gänzlich verkennen. Die Lockerung des Sowjetregimes ist nicht widerwillig nur unter äußerem Druck erfolgt, sondern freiwillig und zum Teil dank dem *Nachlassen* dieses Druckes (so wie es die Sowjetführung wenigstens empfindet); sie ist kein Zeichen innerer *Schwäche* der Sowjetunion, sondern umgekehrt ein Beweis des Gefühls ihrer *Stärke*. Die Stimmung von Zuversicht und Optimismus, die nach allen Berichten den Moskauer Parteitag beherrschte, ist nichts künstlich Gemachtes; sie ist durchaus echt und spiegelt die im ganzen Sowjetvolk vorwaltende Denkweise und Gefühlslage wider. Der wirtschaftliche und kulturelle Aufschwung, den die Sowjetunion seit Kriegsende genommen hat, ist ja mit Händen zu greifen und wird gerade auch von kompetenten ausländischen Beobachtern immer wieder bestätigt; wie sollte das Volk da nicht mit Vertrauen in die Zukunft schauen und sich seiner wachsenden Stärke bewußt sein? Die Sowjetunion ist heute die zweite Industriemacht der Welt und hat den Ehrgeiz, in absehbarer Zeit die erste zu werden – ein keineswegs so unrealistisches Streben, wie das scheinen möchte, zumal wenn man an die immer engere Verbindung der sowjetischen Wirtschaft mit derjenigen der osteuropäischen Volksrepubliken und des neuen China denkt. Von der Elbe bis zum Jangtse erstreckt sich heute ein riesiges, geschlossenes Wirtschaftsgebiet, das an Produktionskraft und Aufnahmefähigkeit zusehends wächst. Gleichzeitig verstärkt die Sowjetunion auf dem Fuße der Gleichheit immer mehr ihre

wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit einer Reihe von süd- und vorderasiatischen, ja auch afrikanischen Ländern, einerlei welches innere Regime sie haben mögen. Daß damit auch eine beträchtliche Stärkung ihrer *politischen* Weltstellung verbunden ist, liegt auf der Hand; es entspricht das nur der allgemeinen Verbesserung der internationalen Lage der Sowjetunion und des Ostblocks. Der amerikanischen Drohung mit der Atom- und Wasserstoffbombe setzt die Sowjetunion ihre eigenen hochentwickelten Kernwaffen entgegen, der westmächtlichen Einkreisung die Anbahnung und Festigung freundlicher Beziehungen mit einer Reihe von Staaten am Rande des Atlantikblocks und im Lager der Neutralen: Jugoslawien, Österreich, Finnland, Schweden, Indien, Burma, Ägypten und so fort, während gleichzeitig im Lager der Westmächte ein Lockerungs-, um nicht zu sagen Zersetzungsprozeß im Gang ist, der dessen Druck- und Schlagkraft andauernd vermindert.

Und da sollte sich die Sowjetunion genötigt gesehen haben, ihr inneres Regime zu lockern, um ihre «gefangenen Völker» nicht zu offenem Aufruhr zu reizen und die «freien Nationen» in der Welt draußen etwas zu beschwichtigen? Der Gedanke ist so absurd, daß er sich selber erledigt. Die Wahrheit ist, daß die Sowjetunion nach dem jahrzehntelangen Kalten und Heißen Krieg, den der Westen (und Japan) gegen sie geführt haben, endlich so etwas wie eine Friedensatmosphäre zu spüren glaubt, daß sie freier zu atmen beginnt und den Panzer ihres Diktaturregimes, das großenteils ja eine Schutz- und Abwehreinrichtung gegen die äußere Bedrohung ist, lockert. Sie glaubt es sich *leisten* zu können, im Innern mehr Freiheit zu geben, weil der Druck von außen fühlbar nachgelassen habe – dies um so mehr, als der andere Hauptgrund des Diktaturregiments, die geistige und wirtschaftliche Rückständigkeit des Volkes, mehr und mehr dahinfällt. Erinnern wir an die dauernd gültigen Feststellungen Professor Cole's in seinem Werk über die Nachkriegswelt:

> «Die Freiheiten, die wir in Großbritannien gewonnen haben und wertschätzen, sind nicht unabhängig von unseren politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen oder gar noch deren Ursache. Sie sind vielmehr das Erzeugnis eines langen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsvorganges.» «Die demokratischen Bestandteile unseres Gesellschaftssystems sind einem zuvor bestehenden aristokratischen Gesellschaftsbau eingefügt worden ... dank gewissen geschichtlichen Ursachen, die in Großbritannien und ein paar anderen Ländern existiert haben, aber nicht im größten Teil der übrigen Welt. Die wichtigste dieser geschichtlichen Ursachen war die Produktionssteigerung, die auf die industrielle Revolution folgte und es dem Großteil des Volkes ermöglicht hat, sich über die primitivste Armut zu erheben und so stufenweise die Formen einer staatsbürgerlichen Tätigkeit zu benützen, welche die Aristokraten für ihren eigenen ausschließlichen Gebrauch geschaffen hatten.»

Die Schlußfolgerung, die sich daraus für die wirtschaftlich und kulturell unterentwickelten, politisch also autoritär-diktatorisch regierten Länder ergibt, zieht Cole ebenso klar:

«Es ist nur vernünftig, zu erwarten, daß eine solche Gesellschaft in dem Maße, als sie aus der Armut herauskommt, ein größeres Sicherheitsgefühl gewinnt und eine gebildetere Bevölkerung erhält, stufenweise ihren mehr autoritären Charakter verliert, duldsamer wird und viele der gleichen Merkmale annimmt, die Gesellschaften mit einer anderen Form der Entwicklung zur Demokratie aufweisen.» «Wir haben das Recht zu der Annahme, daß die Sowjetführer, wenn sie nicht mehr glauben, daß eine Weltverschwörung zum Sturz des Kommunismus und zur Wiederherstellung der kapitalistischen Autokratie, ihres Feindes, besteht, den Wert dieser (der westlichen) Freiheiten anzuerkennen beginnen werden. Aber es ist ganz widersinnig, die Sowjetunion als undemokratisch abzutun, weil sie diese Tugenden heute noch nicht übt. Wie sollte sie es im Licht ihrer Geschichte auch tun? Und *wenn* sie es getan hätte, wäre sie dann am Leben geblieben?» «Furcht spielt als Triebkraft fast in allem eine Rolle, was die Sowjetunion tut oder versucht – Furcht vor einem äußeren Angriff, der die Sowjetmacht zerstören soll.»

Wenn also diese Furcht abnimmt und zugleich Wohlstand und Bildung im eigenen Lande zunehmen, ist es da nicht die natürlichste Sache von der Welt, daß auch die autoritären und diktatorischen Regierungsformen abgebaut werden und mehr Freiheit, mehr Rechtssicherheit, mehr Demokratie möglich, ja notwendig wird?

Frieden und Sozialismus Das Gefühl wachsender innerer Stärke und äußerer Sicherheit bestimmt auch die *weltpolitische* Haltung der Sowjetunion. *Koexistenz* der kommunistischen und nichtkommunistischen Länder und *Duldsamkeit* gegenüber nichtkommunistischen Methoden für die Verwirklichung des Sozialismus – das waren die beiden Leitgedanken der Redner am 20. Parteikongreß für die künftigen internationalen Beziehungen der Sowjetunion. Der Grundsatz der friedlichen Koexistenz kommunistischer und kapitalistischer Staaten war schon von Lenin dutzendemal verkündet worden – obwohl man im Westen immer noch Lenin so zitiert, als habe er eine kriegerisch-revolutionäre Politik der Sowjetunion befürwortet. Gewiß neigte Lenin dazu, einen kriegerischen Zusammenstoß zwischen der kapitalistischen Welt und der Sowjetunion als wahrscheinlich anzusehen – aber doch nur als Folge eines Angriffs kapitalistisch-gegenrevolutionärer Kräfte, und darin hat er ja durchaus recht behalten. Stalin seinerseits brach entschlossen mit der weltrevolutionären Gewaltromantik eines Trotzkij und konzentrierte all seine Anstrengungen auf die Verwirklichung des Sozialismus in der Sowjetunion selber, woraus sich zwingend die Notwendigkeit ergab, von der Sowjetunion aus alles zu vermeiden, was eine Störung des sozialistischen Aufbauwerkes von außen her bewirken könnte, freilich auch alles zu tun, um eine dennoch versuchte Störung oder Zerschlagung dieses Werkes abzuwehren. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat bei Stalin der weitere Gedanke dazu, daß ein neuer Krieg eher zwischen den kapitalistischen Staaten selber wahrscheinlich sei als ein nochmaliger Angriff auf die Sowjetunion. Aber seine Grundidee war und blieb die friedliche Koexistenz und die Siche-

rung der Sowjetunion gegen einen dennoch möglichen abermaligen Angriff von Westen her*.

Am Moskauer Kongreß ist Stalins Annahme von einem möglichen Krieg zwischen imperialistischen Staaten fallen gelassen worden, während Lenins Lehre in dem Sinn korrigiert wurde, daß erstens vor einer Unterschätzung der Lebenskraft des Kapitalismus gewarnt wurde (der Wohlstand der westlichen Länder wachse im ganzen und die Produktion in der Sowjetunion stehe pro Kopf immer noch unter derjenigen der führenden kapitalistischen Länder) und zweitens die maßgebenden Redner starkes Gewicht auf das Wachstum der Friedenskräfte auch im Westen legten. «Es gibt jetzt», so sagte zum Beispiel Chruschtschew, «machtvolle soziale und politische Kräfte, die über Mittel gebieten, welche groß genug sind, um die Imperialisten an der Entfesselung eines Krieges zu verhindern»; und selbst wenn es zum Krieg käme, so würden die Friedenskräfte noch rechtzeitig seinen Abbruch erzwingen, wobei freilich der Kapitalismus selber zusammenbrechen würde.

Das mag richtig sein oder nicht; wesentlich ist jedenfalls, wie Erhard Hille in der «Stimme der Gemeinde» bemerkt,

«die Tatsache, daß die sowjetische Politik die Möglichkeit einer Entspannung in einer solchen Form unterstreicht. Letztlich bedeutet dies doch nichts anderes, als daß die sowjetische Politik künftig jeder eigenen Nervosität bar sein wird, jener Nervosität, daß vom Westen her etwas unternommen werden könne, was wieder Verhältnisse schaffe wie etwa die des Jahres 1941. Allein schon damit wäre für eine verantwortliche westliche Außenpolitik vieles gewonnen; das gegenseitige Mißtrauen, die Angst, man könne von dem anderen Teile eines Tages überrumpelt werden, wären damit auf ein Mindestmaß reduziert.»

Und immer wieder muß auch daran erinnert werden, daß die Sowjetunion – selbst wenn man ihr Lust zu kriegerisch-weltrevolutionären Abenteuern an sich zutrauen sollte – einen Krieg gar nicht nötig zu haben glaubt, um den Sozialismus oder Kommunismus zum Sieg in der ganzen Welt zu führen. Der Kapitalismus – davon sind die kommunistischen Führer überzeugt – werde früher oder später, trotz seiner gegenwärtigen Lebenskraft, doch zusammenbrechen, und dann werde sich der Sozialismus und Kommunismus in allen Ländern durchsetzen, wenn er nur Zeit habe, seine Leistungsfähigkeit zu beweisen. Paul Wohl unterstreicht das in der Neuyorker «Nation» (3. März) stark:

«Die neuen Führer (der Sowjetunion) sind optimistisch, weil sie wieder einmal eine kapitalistische Krise erwarten und die Massen in Asien und Afrika auf ihre Seite strömen sehen. Sie sind überzeugt, ohne Krieg in den Bollwerken Sibiriens eine so gewaltige Wirtschaftsmacht aufbauen zu können, daß sie in zehn oder fünfzehn Jahren unbesieglich sein werden. Sie fühlen sich politisch stark genug, um den osteuropäischen Ländern soviel Spielraum geben zu können, daß ihr Regime mehr und mehr demjenigen Jugoslawiens unter Tito gleichen werde, außer daß es wirtschaftlich dem Sowjetblock eingegliedert bleiben müsse.»

---

* Die Einzelheiten entnehme man dem Buch von Andrew Rothstein «Peaceful Coexistence» (Pinguin-Serie). Ich gedenke darauf zurückzukommen.

Das schließt ein weiteres bedeutendes Zugeständnis in sich, wohl das wichtigste, das die Sowjetführer bisher der außerkommunistischen Welt gemacht haben: daß nämlich *der sowjetkommunistische Weg zum Sozialismus nicht der einzige ist.* Schon die Versöhnung Moskaus mit Belgrad, die einem langen, unseligen Konflikt ein Ende machte, beruhte auf der Anerkennung dieser Tatsache; aber am 20. Kommunistischen Parteitag der Sowjetunion wurde nun als allgemeingültige Regel in aller Form verkündet, daß in Ländern, in denen der Kapitalismus verhältnismäßig schwach sei, seine Ersetzung durch den Sozialismus auch durch die Methoden der parlamentarischen Demokratie möglich sei. Wohlgemerkt: das sollte keine Anerkennung eines nurreformistischen Sozialdemokratismus sein, der eine radikale Umgestaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht ernsthaft will. Und es ist erst recht kein Friedensschluß mit dem Kapitalismus und Imperialismus selber. Chruschtschew machte das am Parteitag unmißverständlich klar, indem er sagte: «Manche Leute suchen ... den Satz von der Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens von Ländern mit verschiedenen sozialen und politischen Systemen auf das ideologische Gebiet anzuwenden. Das ist ein verhängnisvoller Fehler.» Die Überwindung des Kapitalismus durch eine sozialistische Ordnung bleibt selbstverständlich das Ziel des Weltkommunismus; aber das heißt nach der Auffassung der heutigen Sowjetführung nicht, daß der Sozialismus überall durch *gewaltsame*, nichtdemokratische (im westlichen Sinn verstanden) Methoden aufgerichtet werden müsse. Es mag nach ihrer Meinung Länder geben, in denen feudaler Despotismus und kapitalistisch-kolonialistische Reaktion den nach Selbstregierung und kulturellem Aufstieg drängenden Volkskräften keinen anderen Weg übrig lasse, als der Gewalt von oben die Gewalt von unten entgegenzusetzen, wobei es freilich nicht klar ist (und ja wohl auch von vornherein gar nicht entschieden werden kann), wo und wann eine solche Lage eintreten kann. Aber daneben bekennt sich die Sowjetführung nun doch zu der Überzeugung, daß in genügend weit fortgeschrittenen Ländern, in denen die sozialistischen und friedenswilligen Kräfte schon eine gewisse Reife erlangt hätten, der Übergang zu einem grundlegenden neuen Regime durchaus auch auf dem Wege der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie erfolgen könne, und daß der so geschaffene Sozialismus andere Formen annehmen möge als in der Sowjetunion und in den andern Staaten mit kommunistischer Regierung.

Die große Chance Diese ganze Lage, wie sie sich nach dem «historischen» Moskauer Kongreß darstellt, eröffnet der westlichen Welt eine gewaltige Chance, überbindet ihr aber auch eine gewaltige Verantwortung. Die Liberalisierung der Sowjetunion hat begonnen; werden die Westmächte sie fördern, indem sie ihr Haupthindernis, die militärische Bedrohung der Sowjetunion von

außen her, endlich aus dem Weg räumen? Die friedliche Konkurrenz von Kommunismus (beziehungsweise Sozialismus) und Kapitalismus ist der ehrlich verfolgte Leitgedanke der sowjetischen Außenpolitik; werden auch die Westmächte auf diese Linie einschwenken und den *militärisch-machtpolitischen Wettkampf* mit der kommunistischen Welt aufgeben, den sie immer noch zu gewinnen hoffen, und zu dessen Weiterführung sie ihren Völkern immer noch die Lüge von den im Grunde kriegerisch-aggressiven Absichten der Sowjetunion suggerieren müssen? J.-M. Hermann hat recht, wenn er in den Pariser «Cahiers Internationaux» (März 1956) schreibt:

«Das Ziel, das der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom Moskauer Kongreß gesetzt worden ist – «die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder einholen und überholen» – ist nicht mehr utopisch. Gewiß, es ist tatsächlich eine Kriegserklärung an den Kapitalismus, an den Imperialismus, an den Kolonialismus, aber das Schlachtfeld dieses Krieges ist das Gehirn der Menschen, der Sieg, den er erstrebt, ist die Zustimmung ihrer Vernunft. Das ist eine sehr ernsthafte Herausforderung, aber sie schließt eine militärische Antwort aus. Man stellt sich ihr nicht durch Vermehrung der Pakte, der Stützpunkte und der Wasserstoffbomben – ganz im Gegenteil ... Es geht nicht darum, wer am besten fähig ist, Millionen von Menschen abzuschlachten, sondern darum, wer am besten fähig ist, ihnen ein glückliches Leben zu sichern. Und die Antwort wird im Lauf unserer Generation gegeben werden.»

Besonders schwer ist die Verantwortung der internationalen *Sozialdemokratie* in dieser Lage. Werden ihre Führer und Wortführer soviel Wahrheitssinn und innere Größe aufbringen, daß sie ihren sturen, ruinösen Antikommunismus fahren lassen und die Kommunisten nicht mehr als Aussätzige behandeln, sondern als mögliche, ja nötige Verhandlungspartner und Bundesgenossen im Kampf für eine sozialistische Welt? Es ist ganz richtig: die Kommunisten müssen jetzt durch die Tat *beweisen*, daß die in der Sowjetunion angehobene Umstellung ganz aufrichtig gemeint ist und folgerichtig weitergeführt wird. Insbesondere die kommunistischen Parteien des Westens müssen beweisen, daß sie nicht nur wieder eine in Moskau ausgegebene Parole mehr oder weniger willig aufnehmen, jederzeit bereit, eine neue, anderslautende Parole mit der gleichen Untertänigkeit und Kritiklosigkeit sich zu eigen zu machen. In verschiedenen Ländern scheint das auch wirklich der Fall zu sein, so in Italien, wo allerdings die Möglichkeiten einer gewaltlosen Umwälzung, dank der Aktionsgemeinschaft von Kommunisten und Linkssozialisten und der Stärke der beiden Parteien, besonders groß sind, aber nicht zuletzt auch in der Schweiz, wo in der Parteidiskussion von ziemlich maßgebender Seite Aussprüche gefallen sind wie der, es gelte jetzt, «die Mehrheit des Schweizervolkes für den Sozialismus zu gewinnen», und das sei «nur auf dem Boden der Demokratie möglich», mit Ausübung aller gesetzlich verbrieften Volksrechte bis zum Streik. Wie weit sich die neue Tendenz auch in Frankreich durchsetzt, bleibt abzuwarten; für die Bildung einer Linksmehrheit ist ihr Durchbruch freilich eine unabweisbare Notwendigkeit.

Aber die Sozialdemokratie hat es in der Hand, diesen Prozeß entscheidend zu befördern. Das kaltschnauzig-arrogante Mißtrauen, das sie bisher gegenüber den Kommunisten zur Schau trug (bei gleichzeitiger oft enger Zusammenarbeit mit kapitalistischen und klerikalen Parteien!), tut es jetzt wirklich nicht mehr; ein gewisses Risiko *muß* – wie immer bei solchen Entschlüssen – eingegangen werden, zumal es verständigen Menschen klar sein sollte, daß eine dauernde Änderung des politischen Klimas in der Sowjetunion Zeit braucht und eine ganze neue Generation von Marxisten heranwachsen muß, um die jetzt verkündete Wendung auch wirklich und konsequent durchzusetzen. Und vor allem ist ein viel größeres Vertrauen in die eigene Sache erforderlich, gegründet auf eine Neubesinnung auf die revolutionäre – jawohl, revolutionäre – Aufgabe einer Bewegung, die dem Sozialismus ernstlich und entschlossen zu dienen behauptet, und verbunden mit einer wirklichkeitsgemäßen Würdigung der Rolle des Sozialdemokratismus auf der einen, des Kommunismus auf der andern Seite. Die Kommunisten haben ihren Unfehlbarkeits- und Monopolanspruch fallen gelassen, indem sie anerkennen, daß die kommunistischen Methoden nur eine begrenzte Anwendung erlauben, und daß namentlich in den fortgeschrittenen Ländern das Normale der (mehr oder weniger) demokratisch-parlamentarische Weg zum Sozialismus ist. Nun ist es aber an den Sozialdemokraten, ihrerseits anzuerkennen, daß in den wirtschaftlich und geistig unterentwickelten Ländern, die zugleich die Länder ohne Demokratie sind und waren, gar keine andere Möglichkeit für die Freiheitsbewegung blieb, als die alten Ordnungen mit Gewalt zu beseitigen – außer dem gewaltlosen Widerstand im Geiste Tolstojs und Gandhis, den *wir* befürworten, für den aber die Volksmassen in den allermeisten Ländern weder reif waren, noch sind. Die Sozialdemokraten haben gar kein moralisches Recht, die Kommunisten wegen ihrer gewalttätigen Kampfmittel und Regierungsmethoden anzuklagen, sind sie doch selber in stärkstem Maße mitschuldig am Aufkommen und an der Befestigung und Ausbreitung des Kommunismus. Mit ihrem schwächlichen Reformismus, der den furchtbaren Mächten des rückschrittlichen Kapitalismus und militärischen Imperialismus nicht gewachsen, ja sie überhaupt nicht mehr im Ernst zu überwinden entschlossen war, haben sie den Kommunismus recht eigentlich großziehen helfen, und als er dann wirklich groß und stark wurde, haben sie sich, Arm in Arm mit den bürgerlich-kapitalistischen Klassen, auf eine vor allem gewaltsam-militärische Abwehr der angeblichen kommunistischen Eroberungspläne eingelassen, statt die *Ursachen* des Kommunismus aus der Welt zu schaffen – die Herrschaft des Kapitalismus und Kolonialismus und des mit ihnen verbündeten primitiv-reaktionären Feudalismus und Faschismus – und die große soziale und nationale Freiheitsbewegung der unterentwickelten Völker, auch derjenigen in Ost- und Südeuropa, rückhaltlos zu unter-

stützen*. Das einzusehen, sollte *Sozialisten* wirklich nicht schwer fallen, wenn es auch Mut und Bescheidenheit zugleich verlangt, es zuzugeben und die Folgerungen daraus zu ziehen. Aber diesen Mut und diese Bescheidenheit müssen die Sozialdemokraten eben wirklich aufbringen, wenn sie nicht eine vielleicht einmalige geschichtliche Gelegenheit, wieder zu einer lebendigen, fruchtbar neuschaffenden Kraft in der Welt zu werden, schuldhaft versäumen wollen.

Und doch scheint es, als verharre die westliche Sozialdemokratie klein und häßlich in ihrem verblendeten Antikommunismus, der den konservativ-kapitalistischen Mächten immer wieder so viel Anlaß zu Befriedigung und gönnerhaftem Lob gibt. Gerade jetzt, während ich schreibe, kommt der Bericht über eine Sitzung des leitenden Organs der Sozialistischen Internationale, das jede Annäherung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten unter den gegenwärtigen Umständen rundweg ablehnt. Die entsprechende Resolution enthält nur wieder jene Halbwahrheiten, die schlimmer sind als ganze Unwahrheiten, aber bei gedankenlosen und den Tatsachen verschlossenen Menschen eben immer wieder Zustimmung finden. Sozialismus und Kommunismus, so heißt es darin gleich im Anfang lapidar, hätten nichts miteinander gemein. Wirklich? Vor bald einem Jahr schrieb demgegenüber in der Neuyorker «Nation» (23. April 1955) der bereits vorhin angeführte große Theoretiker (ein sehr praktischer Theoretiker!) der Labourpartei, G. D. H. Cole:

> «Ich habe sehr viel Gemeinsames mit ihnen (den Kommunisten). Wie sie wünsche ich, allen Untertanenvölkern der Welt bei ihrer Befreiung vom ausländischen Imperialismus zu helfen; ich bewundere ihre Planwirtschaft und ihre großen Erfolge im wirtschaftlichen Aufbau; und ich sehe, daß sie sich – wenn vielleicht auch auf Umwegen – einer klassenlosen Gesellschaft und der Ausdehnung der Freiheit im Alltagsleben der kleinen Leute nähern ... Ich bin gewiß kein Kommunist, aber ich bin ebensowenig ein Sozialdemokrat, wenn das Verzicht auf die soziale Revolution bedeutet sowie Beschränkung des Sozialismus auf eine Reihe von unabhängigen, nationalen Wählerbewegungen, deren Ziel es ist, die parlamentarische Mehrheit mit Hilfe von nichtsozialistischen Stimmen zu erlangen ..., ohne das reibungslose Funktionieren des kapitalistischen Systems zu stören.»

Daß ein *solcher* «Sozialismus» mit dem Kommunismus nichts gemein hat, leuchtet allerdings ein; aber ist das überhaupt noch Sozialismus?

Der Kommunismus trete die Menschenrechte mit Füßen, während sie der «demokratische» Sozialismus hochhalte, versichert die Resolution weiter. Das kann man nur behaupten, wenn man alles ignoriert, was in den kommunistisch regierten Ländern, vor allem in der Sowjetunion und in China, für die Menschwerdung von Völkern geleistet worden ist, die bisher ein untermenschliches Dasein geführt haben.

---

* Ich habe diese Zusammenhänge hier und an anderen Orten (zum Beispiel in meiner Schrift «Die große Lüge», Verlag des «Zeitdienstes», Zürich 38) wiederholt so einläßlich dargestellt, daß ich jetzt gewiß nicht näher darauf eintreten muß.

(Für China sei wiederum auf das verwiesen, was ich im letzten Jahr, auf Grund eigenen Erlebens, hier geschrieben habe; vgl. «Neue Wege», Juni-/Juliheft 1955.) Daß es der *Kapitalismus* ist, der in seiner langen Geschichte die Menschenrechte grauenhaft vergewaltigt hat und es noch heute tut, nicht nur in Asien, Afrika und Amerika, sondern auch in Europa, daß er zum Ausbruch zweier Weltkriege entscheidend beigetragen hat und daß die Sozialdemokraten dennoch mit den ihn tragenden Parteien zusammenarbeiten, wird schamhaft verschwiegen.

Sozialismus gebe es nur auf Grund der Freiheit, lesen wir in der jüngsten Erklärung der Sozialistischen Internationale weiter, und an einer früheren Tagung ihres Generalrates (2. bis 4. März 1956) hieß es, die Wiederherstellung der Freiheit in den Ländern der kommunistischen Diktatur sei die Vorbedingung «für die Möglichkeit auch nur einer Besprechung» mit den Vollzugsorganen des Kremls. Wiederum diese gewollte Zweideutigkeit, die mit dem Wort «Freiheit» getrieben wird! Als ob nicht für die unterentwickelten Völker wie für die armen, ausgebeuteten Klassen in den «fortgeschrittenen» Ländern die Freiheit von Not, Krankheit und Unwissenheit das erste wäre, die Voraussetzung für alle politische Freiheit und Demokratie! Wer da behauptet, in Rußland, China und so fort hätte zuerst politische Freiheit erkämpft werden müssen, ehe man an die wirtschaftliche und soziale Revolution hätte herangehen können, und es müsse dort auf jeden Fall *heute* die politische Demokratie im westlichen Sinn eingeführt werden, der verkennt entweder vollständig die Bedingungen, die das alte Regime in diesen Ländern geschaffen hatte, oder er *will* einfach keine gründliche soziale Umgestaltung der rückständigen Staaten, will vielmehr im Namen der Demokratie denjenigen Kräften zur Herrschaft verhelfen, die die Revolution liquidieren und das «freie Unternehmertum», die «soziale Marktwirtschaft» oder wie man den Kapitalismus sonst verhüllend umschreibt, wiederaufrichten möchten.

Indem sich die Sozialdemokraten solcher Losungen wie der erwähnten bedienen, schlagen sie sich tatsächlich – trotz allen gegenteiligen Beteuerungen – auf die Seite der konservativen, gegenrevolutionären Mächte und verhindern den Durchbruch einer sozialistischen Welt. Mag das in England, in den skandinavischen Ländern, vielleicht auch in der Schweiz den Sozialdemokraten nicht so stark zum Bewußtsein kommen, mögen sie hier ohne größeren Schaden für ihre Parteiinteressen ihren Antikommunismus voll ausleben können – in Frankreich, Belgien, Westdeutschland und Italien machen sie dadurch gewiß die notwendige sozialistische Neugestaltung unmöglich, verhindern die Organisierung eines vom Kapitalismus befreiten Westeuropa und stärken diejenigen Kräfte, die die Welt in den letzten Jahren wiederholt an den Rand einer neuen Kriegskatastrophe geführt haben und – ob nun gewollt oder ungewollt – mit ihrer verantwortungslosen Rüstungspolitik sie schließlich doch noch wirklich herbeiführen können.

Erschütterter Westblock Als bloßes Feigenblatt für die Nacktheit ihres trostlosen Antikommunismus wirkt die Bemerkung der Leiter der Sozialistischen Internationale, sie seien zur Unterstützung der Bestrebungen bereit, «zwischen den Regierungen» eine Verständigung über Streitfragen wie Abrüstung und Einigung Deutschlands herbeizuführen. Man kann doch nicht dem Kommunismus wieder einmal den Krieg erklären und mit den kommunistischen *Staaten* einen wirklichen Frieden suchen! Die Westmächte, oder doch ihr Kraftzentrum, die Vereinigten Staaten, brauchen sich nicht zu scheuen, auch hier konsequent zu sein; sie führen den Kalten Krieg gegen die kommunistischen Staaten und sind nötigenfalls zum Heißen Krieg bereit gerade deshalb, weil sie dem Kommunismus als solchem den grundsätzlichen Kampf angesagt haben. Es überrascht darum nicht, daß Präsident Eisenhower nur an eine «taktische Schwenkung der Sowjetpolitik» glaubt; es sei kein grundlegender Wandel in der Zielsetzung des Kremls und kein Verzicht auf die Weltrevolution festzustellen, weshalb auch von einer Änderung der Politik der Vereinigten Staaten und einer Verminderung der Kriegsbereitschaft des westlichen Lagers keine Rede sein könne. Ähnlich hat sich Staatssekretär Dulles ausgedrückt, der schon in einer Rede vor amerikanischen Industriellen (am 8. Dezember 1955) davor gewarnt hatte, den friedlichen Worten der Moskauer Machthaber irgendwie zu trauen:

> «Eine der Lehren Lenins, die von Stalin immer wieder betont wurde, war die Notwendigkeit einer Zickzackpolitik. Wiederholt unterstrich Stalin den Gedanken, daß es ebenso wichtig sei zu wissen, wann man sich zurückziehen müsse, wie wann man anzugreifen habe; wenn man auf dem einen Geleise blockiert sei, müsse man sich auf ein anderes umstellen... Als vorsichtige Leute müssen wir darum bei unserem Handeln von der Annahme ausgehen, daß die gegenwärtige Sowjetpolitik keine Änderung im Ziel, sondern nur in der Taktik bedeute.»

Von dieser Auffassung wird auch die Haltung der Westmächte bei den *Abrüstungsverhandlungen* bestimmt, und zwar auf eine Art und Weise, daß ihre Politik selber die erstaunlichsten Zickzackwege einschlägt. Wir stehen jetzt, so stellt der «New Statesman» rückblickend fest, im dritten Abschnitt dieser Verhandlungen. Der erste Abschnitt (1945 bis 1949) war von der absoluten Überlegenheit der Vereinigten Staaten auf dem Gebiete der Atomwaffen beherrscht, denen die Russen nur ihre Überlegenheit in den konventionellen Rüstungen gegenüberzustellen hatten. Abrüstungsgespräche konnten darum keinen Erfolg haben. Im zweiten Abschnitt holten die Sowjets den amerikanischen Vorsprung in den Atomwaffen bis zu einem gewissen Grad ein, während die Vereinigten Staaten und die Westmächte überhaupt ihre Stellung auf dem Gebiete der hergebrachten Rüstungen verbesserten. Der Westen wollte seine immer noch bestehende Überlegenheit an Atomwaffen behalten; die Sowjetunion anderseits wollte ihre Überlegenheit an klassischen Waffen nicht preisgeben, ohne daß die amerikanischen

Atombomben vernichtet würden. Aus der so geschaffenen Sackgasse schien ein Weg dann im dritten Abschnitt der Verhandlungen herauszuführen, als die Sowjetunion in der Herstellung von Atomwaffen, besonders von Wasserstoffbomben, ungefähr Gleichheit mit den Vereinigten Staaten erlangt hatte und keine der beiden Parteien mehr auf einen Sieg in einem künftigen Krieg hoffen durfte. Die hergebrachten Rüstungen verloren für die Russen sehr an Bedeutung, so daß sie im Mai 1955 einen Abrüstungs- und Kontrollplan vorlegten, der grundsätzlich alle früheren westlichen Vorschläge annahm.

Aber nun begann jenes schmähliche Spiel der Westmächte, das seither und namentlich auch bei den gegenwärtig laufenden UNO-Kommissionsverhandlungen in London jede Einigung unmöglich machte. Die Russen nahmen tatsächlich alle Bedingungen der Westmächte an – aber diese lenkten die Diskussion auf so viele Seitenwege und erfanden so viele Vorwände für Bedenken und Kritiken, daß auch der neue Abschnitt der Verhandlungen, der unter anscheinend so günstigen Zeichen begonnen wurde, mit einem völligen Mißerfolg zu enden droht. Die Westmächte, so schreibt der «New Statesman» (7. April), halten sich an zwei Grundregeln:

«Alles, was Rußland vorschlägt, ist schlecht; alles, was der Westen vorschlägt, ist gut – bis es Rußland auch vorschlägt. Die westlichen Delegierten hatten ihre müden ‚Kaltkriegsaugen' kaum von dem russischen Text abgewandt, als sie auch schon mit ihren Einwänden kamen. Der Stand der von den Russen vorgeschlagenen konventionellen Streitkräfte sei zu niedrig ‚angesichts der gegenwärtigen Spannungen in der Welt'. (Das ist ja gerade der entscheidende Umstand bei der ganzen Abrüstungsfrage!) Sie lösten das Problem der Kernwaffen nicht. (Sollten es auch gar nicht!) Rußland wolle die Abrüstung nicht aus uneigennützigen, sondern nur aus wirtschaftlichen Gründen. (Tun wir alle es nicht auch – und spielt das überhaupt eine Rolle?)

Diese jämmerlichen Argumente des Westens stehen noch unter dem Niveau der Hinterhältigkeiten, an die wir im Kalten Kriege gewöhnt sind. Sie sind auch bedeutungslos. Tatsache ist, daß die Russen ihre Rüstungen herabzusetzen bereit sind, ob nun ein Abkommen getroffen werden kann oder nicht. Die Fabriken im Ural und an der Wolga stellen sich vielleicht schon jetzt von Tanks und Kanonen auf Traktoren und Maschinen um – die für das neutrale Drittel der Welt bestimmt sind. Die russischen Vorschläge mögen im Lancaster House (dem Ort der Verhandlungen. H. K.) auf taube Ohren stoßen; sie enthalten aber die Verheißung vermehrter Wirtschaftshilfe für Djakarta, Delhi und Rangun.»

Zum Glück nimmt die Kritik an dieser Abrüstungsdiplomatie der Westmächte wie an ihrer fortgesetzten Rüstungssteigerung (General Gruenther, der alliierte Oberbefehlshaber in Europa, macht unermüdlich Propaganda für einen erhöhten Schutz gegen eine «Überrennung Europas» durch die Russen und für einen wirksameren «Schild gegen eine Aggression» aus dem Osten) – die Kritik an dieser irrsinnigen «Verteidigungspolitik» nimmt im westlichen Lager selbst an Bestimmtheit immer mehr zu. Nicht nur Pazifisten und «unverantwortliche» Linkssozialisten verstärken ihre Warnungen und reden namentlich der

britischen Regierung zu, «sich von der Furcht vor einer Verbesserung der internationalen Beziehungen frei zu machen, wie sie Dulles und die antisozialen Interessen bekunden, die er vertritt. Eine neue britische Außenpolitik sollte die Wendung herbeiführen helfen, die die gegenwärtigen Führer Rußlands erstreben, statt eine Politik fortzusetzen, die nur geeignet ist, eine neue militaristische Diktatur in Rußland in den Sattel zu heben» («Peace News», 24. Februar). Nein, die Kritik an der amerikanisch-britischen Außenpolitik kommt jetzt auch – wenngleich noch vorsichtig – aus dem Mund verantwortlicher westlicher Staatsmänner. Besonders die jüngsten Äußerungen des französischen Außenministers Pineau und dann noch mehr des französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet selbst haben internationales Aufsehen erregt und in Washington, London – und Bonn arg verschnupft, nicht zu reden von den Heimkriegern à la «Neue Zürcher Zeitung». Hatte Pineau den «gewaltigen Fehler» bekannt, den die Westmächte mit ihrer «Politik der Stärke» begangen hätten und klar die zwei einzigen Möglichkeiten aufgezeigt: «Entweder totaler Krieg oder Koexistenz», so gestand Mollet (etwas spät allerdings), er habe «niemals an das Bestehen einer militärischen Angriffsdrohung seitens der Sowjetunion geglaubt» und forderte den unbedingten Vorrang für die Abrüstung. Nur in diesem Zusammenhang könne die deutsche Frage gelöst werden (eine offenkundige Preisgabe der ganzen amerikanisch-britisch-adenauerschen Deutschlandpolitik); die NATO solle aus einer Militärorganisation in ein Werkzeug wirtschaftlicher Zusammenarbeit umgewandelt werden und die Gewährung von Hilfe an die unterentwickelten Länder selbst an die Hand nehmen, statt sie einzelnen Staaten zu überlassen – auch das ein fast revolutionärer Gedanke. Und schließlich, so meinte Mollet, komme es nicht so sehr darauf an, ob die Vorgänge in der Sowjetunion bisher so bedeutungsvoll seien, wie sie aussähen; es gelte vielmehr, durch eine konstruktive Wandlung der *westlichen* Politik dafür zu sorgen, daß die Umstellung in Rußland Wirklichkeit und Dauer gewinne.

Es ist natürlich kein Zufall, daß solche Stimmen gerade aus Paris kommen. Nicht nur sind Mollet und Pineau schließlich Sozialisten; sie sind vor allem die offiziellen Sprecher eines Frankreichs, das durch seine ganze innere wie äußere Lage geradezu dazu gedrängt wird, sich aus der Verstrickung in die amerikanische (und von dem England des schwächlichen Eden unterstützte) Politik des gewalttätigen Auftrumpfens gegenüber den Oststaaten zu befreien und namentlich die so akute Gefahr eines neuen Versuches zur Lösung der deutschen Frage «mit Blut und Eisen» endgültig bannen zu helfen. Da aber ohne Frankreich die bisherige Politik der Westmächte nicht lange fortgesetzt werden kann und das französische Volk für ihre Weiterführung bis zum logischen Ende – zu der Bereitschaft für den Krieg gegen die kommunistische Welt – auf keinen Fall zu haben sein wird, so ist es wohl nicht zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß die sich anbahnende Schwen-

kung der französischen Außenpolitik den Westblock in seinem innersten Kern erschüttert hat und ihn direkt zu sprengen geeignet ist, wenn sie sich noch deutlicher ausprägt und zur unwiderruflichen Tatsache wird.

Zersetzung . . . Es ist wirklich so, wie unlängst eine angelsächsische Zeitschrift melancholisch bemerkte: «Das Jahrzehnt der atlantischen Einheit, der Militärpakte und der Wiederaufrüstung ist vorbei. Das Schlagwort von der ‚Verteidigung des Westens', mit dem man so lange alle Einwände unweigerlich niedergeschlagen hat, verliert seinen Münzwert . . . Die Große Mauer, die wir seit 1948 gegen die östlichen Horden zu erbauen suchten, wird halbfertig aufgegeben.» *Ein* Symptom dafür ist der Beschluß des *isländischen* Parlaments, das «Verteidigungsabkommen» mit den Vereinigten Staaten zu künden und die Zurückziehung der amerikanischen Truppen von dem NATO-Stützpunkt Keflavik zu verlangen*. Aber darüber hinaus herrscht nicht nur, wie sogar die «Neue Zürcher Zeitung» (8. April) feststellt, eine «heillose Verwirrung im Lager der Allianz des Westens», sondern die ganze westliche Welt des kapitalistischen Imperialismus und Kolonialismus ist in voller Zersetzung begriffen.

Am deutlichsten empfindet man das in *Frankreich*, das sein *nordafrikanisches* Kolonialreich endgültig und mit erstaunlicher Schnelligkeit verliert. In der Berichtszeit hat es *Marokko* wie *Tunesien* wenigstens völkerrechtlich die «volle Unabhängigkeit und Souveränität» gewähren müssen (Spanien mußte in bezug auf seine eigene marokkanische Zone nachfolgen), und wenn damit auch der französische Kolonialismus in diesen beiden Ländern natürlich noch lange nicht tatsächlich ausgelöscht ist, so hat doch der arabische Nationalismus in Nordafrika einen Sieg errungen, der noch vor einem Jahr als unglaublich erschienen wäre, und der seine Wirkungen mit gesetzmäßiger Sicherheit immer stärker geltend machen wird. Noch liegt Frankreich im Krieg mit *Algerien*, das zwar formell ein Bestandteil des «Mutterlandes» ist, aber gleichfalls der staatlichen Selbständigkeit mit allen Kräften zustrebt. Daß die französische Regierung diese unaufhaltsame geschichtliche Bewegung nicht auch hier anerkennt, vielmehr unter dem Druck der algerischen Colons (Siedler) und der übrigen Nutznießer des Kolonialismus die bedingungslose Kapitulation der Rebellen als Voraussetzung für jegliche Verhandlung fordert, und nun neue, starke Truppenkräfte nach Algerien wirft, um doch noch einen militärischen Prestigesieg zu erzwingen, das ist eine Tragödie, die in Frankreich selbst zu schweren inneren Erschütterungen führen kann und nur die gesamtarabische Unabhängig-

* Nach der Niederlage der Regierungspartei von Ceylon bei den jüngsten Wahlen dürfte die neue Regierung die (britischen) NATO-Streitkräfte auch aus diesem Land hinauskomplimentieren.

keitsbewegung zu stärken und zu reizen geeignet ist* Der Verlust Nordafrikas ist jedenfalls nicht allein für das alte Frankreich, sondern für den ganzen imperialistischen Westen ein Schlag, der zu seinem endgültigen Zusammenbruch wesentlich beitragen wird.

Ähnliches gilt für den Schlag, den *Großbritannien* in Vorderasien mit der jähen Absetzung General Glubb Paschas, des englischen Oberkommandierenden der Arabischen Legion in *Jordanien*, durch König Hussein erlitten hat. Damit ist – unter dem Druck Ägyptens und Saudiarabiens – nicht nur die stärkste Stütze der britischen Machtpolitik in Jordanien selbst gefallen, sondern die Stellung Großbritanniens auch in *Irak* und *Persien* erschüttert und der Bagdadpakt noch mehr als bisher zu einem wesenlosen Gebilde herabgedrückt worden. Bereits hat Persien seinen Anspruch auf die ölreiche Insel Bahrein (im Persischen Meerbusen) in aller Form angemeldet – ein neues Zeichen, wie brüchig das ganze Gefüge des britischen (und amerikanischen!) Imperialismus im Mittleren Osten geworden ist. Wie in Nordafrika die inneren Gegensätze – zum Beispiel zwischen Arabern und Berbern – hinter der Solidarität gegenüber dem gemeinsamen Feind zurücktreten, so verlieren auch in Vorderasien die Rivalitäten zwischen den verschiedenen Dynastien, Interessenklüngeln und Feudalkasten allmählich ihre Kraft zugunsten des allarabischen Nationalismus und Freiheitsstrebens. Die Politik des «Teile und Herrsche» hat *hier* ausgespielt. Ob der arabische Nationalismus roh genug ist, um einen neuen Vernichtungskrieg gegen *Israel* zu entfesseln, bezweifle ich nach wie vor aufs stärkste, trotz der unheimlichen Atmosphäre, die jetzt wieder um Israel herum herrscht. Ich vertraue vielmehr auf die tiefen Lebenskräfte, die in Israel wirken, und auf den Durchbruch einer sozialrevolutionären Freiheitsbewegung auch in den arabischen Völkern.

«Wenn wenigstens das benachbarte *Cypern* wie ein Fels feststehen würde!» seufzte ein westlicher Beobachter im Blick auf die neuen Niederlagen Großbritanniens auf dem asiatischen Festland. Aber es gehört wenig Prophetengabe dazu, um vorauszusehen, daß Großbritannien auch diesen großen Militärstützpunkt über kurz oder lang wird räumen müssen. Mit Kriegsrecht, Zensur, Entfernung des geistlichen Führers der Unabhängigkeitsbewegung – des Erzbischofs Makarios – und dergleichen Gewaltmaßnahmen ist auf die Dauer nichts mehr zu retten; Großbritannien macht sich nur das griechische Volk immer mehr zum Feind und zerstört vollends den *Balkanpakt*, hinter dem bei der wirtschaftlichen und finanziellen Schwäche der Türkei und der Wiederannäherung Jugoslawiens an den Sowjetblock ohnehin keine Macht mehr steht.

---

* Mit Guy Mollet ist es eben so eine Sache. J.-M. Domenach vergleicht ihn im «Esprit» (Märzheft) mit Léon Blum, mit dem er manche Vorzüge gemein habe, dessen große Schwächen er aber in vergröbertem Maß teile, besonders seine Handlungsunfähigkeit und seinen naiven Glauben an Reden und Diskutieren, während der Gegner bereits zum Schlag aushole.

Daß im *Fernen Osten* die Sache der Westmächte schlecht steht, ist auch in den letzten Monaten deutlich geworden. Ihre einzigen halbwegs verläßlichen Stützen sind – außer dem trägen, passiv dahindämmernden Siam – Syngman Rhee in Südkorea und Tschiang Kai-schek auf Formosa – beides Despoten reinsten Wassers, deren alleinige Hoffnung ein Krieg gegen das neue China ist, den aber weder die Vereinigten Staaten noch das viel zu sehr mit sich selbst beschäftigte und von einer revolutionären Gärung erfaßte Japan wagen dürfen. In Südvietnam aber kann sich Ngo Diem, diese amerikanische Puppe, nur halten, solange es gelingt, die gesamtvietnamesischen Wahlen zu sabotieren, die zur Vereinigung des Südens mit dem kommunistischen Norden führen müßten. In Laos und Kambodscha nimmt inzwischen die Bewegung für eine innere Umgestaltung nach dem Vorbild von Nordvietnam und China immer kräftigere Gestalt an, bei gleichzeitig fortschreitender äußerer Anlehnung an die beiden kommunistischen Staaten.

Und die große Stütze der amerikanischen Machtpolitik in Westeuropa, die *Deutsche Bundesrepublik*? Auch sie wankt und splittert. Adenauers Regierungskoalition ist durch den Austritt der sogenannten Freien Demokraten (der Partei des groß- und kleinkapitalistischen Bürgertums) arg geschwächt worden und hat die Zweidrittelsmehrheit verloren, die zu einer Änderung der Verfassung, also auch für die Wiederaufrüstung mit Militärzwang, notwendig ist. Und da der schlaue Versuch der Regierungsgruppe, durch eine Wahlrechtsreform die Oppositionsparteien künstlich zurückzubinden, gescheitert ist und nur die Absplitterung der Freien Demokraten begünstigt hat, so ist jetzt die Sozialdemokratie in eine Schlüsselstellung eingerückt, deren charaktervolle Ausnützung das ganze Gesicht der Bundesrepublik umgestalten könnte. Ob das der Fall sein wird, ob die Sozialdemokraten – wie ihre Führer immer behaupten – insbesondere die verfassungsändernden Aufrüstungsgesetze zu Fall zu bringen entschlossen sind, das wird sich bald zeigen. «Umfallen» ist ja seit 1914 durchaus Gewohnheit bei den deutschen Sozialdemokraten geworden. Jahrzehntelang hatten sie gegen Nationalismus und Militarismus gewettert, um dann am 4. August unseligen Angedenkens doch die Kriegskredite zu bewilligen. Und 1928 erklärten sie sich «entschieden» gegen alle Marinerüstungen, bestritten mit dieser «Entschiedenheit» sogar ihre Wahlpropaganda – und bewilligten dann doch den berühmten Panzerkreuzer, gleich als wäre nichts geschehen. Kann man sich auf die *heutigen* Sozialdemokraten mehr verlassen? Bei der Widersprüchlichkeit ihrer Außenpolitik, die trotz allem durchaus westmächtlich ausgerichtet ist, ist die Hoffnung nicht groß, daß sie von sich aus den Weg zu einem abgerüsteten, sozialistischen Westeuropa finden werden, in dessen Rahmen allein die deutsche Frage ihre Lösung erfahren kann. Aber vielleicht helfen da die Ereignisse selber etwas nach . . .

. . . und Aufbau Jede nüchterne Bilanzaufstellung muß heute zu dem Schluß kommen, daß die westmächtlich-amerikanische Machtpolitik bankerott ist. Es kracht allerorten im Gebälk der Westallianz, die einer ernsten Belastungsprobe nicht standzuhalten vermöchte, und die Stimmen der Einsichtigen mehren sich, die zu einem fundamentalen Umbau raten, bevor es zu spät sei. Warum dringen diese Stimmen aber an den entscheidenden Stellen immer noch nicht durch? Etwas vereinfachend, aber dennoch das Wesentliche aussprechend, muß man antworten: Weil es dem scheinbaren Nutzen der herrschenden Klassen in den Ländern des kapitalistischen Westens und den hinter ihnen stehenden geistigen und geistlichen Mächten (namentlich auch der Römischen Kirche) entspricht, den Kalten Krieg weiterzuführen und die Militärrüstungen aufrechtzuerhalten, ja womöglich zu steigern, sei es daß sie überzeugt sind, der Kommunismus und Sozialismus könne nur mit militärischer Gewalt zerschlagen und so die Welt für das «freie Unternehmertum» gerettet werden, sei es daß sie zwar einen neuen Krieg als Selbstmord erkennen, aber doch das kommunistische Schreckgespenst als Mittel zu dem edlen Zweck gebrauchen, das alte soziale Regime, von dem sie leben, zu erhalten und die Blüte einer Wirtschaft zu sichern, die ohne massive Kriegsrüstungen schon längst an ihrem Unrecht und ihrer Unvernunft zugrunde gegangen wäre. Paul Sweezy hat recht, wenn er in der «Monthly Review» (März 1956) schreibt:

«Die Baumeister der amerikanischen Politik und die Macher der öffentlichen Meinung in Amerika . . . haben gleichzeitig zwei nicht leicht zu vereinbarende Aufgaben zu erfüllen. Sie müssen den Kalten Krieg rechtfertigen, der erfordert, daß die Gefahren und Bedrohungen, denen wir ausgesetzt sind, als erschreckend wirklich ausgemalt werden. Anderseits dürfen sie die Wahrheit nicht zugeben, daß die Vereinigten Staaten den Kalten Krieg schnell und entscheidend *verlieren*, denn das würde ihre ganze Politik in Frage stellen.

. . . Aber wie immer in solchen Fällen kann das Spiel nicht ewig so weitergehen. Die Wahrheit wird – wie eine Mordtat – schließlich herauskommen. Und *wenn* sie herauskommt, ist sie eine Macht, die die Welt erschüttern kann.»

In ganz ähnlichem Sinn sagt Konni Zilliacus, der englische Labourabgeordnete, am gleichen Ort:

«Die Verteidiger der bestehenden Gesellschaftsordnung glauben, sie sei ganz richtig, es brauche keine grundlegende Änderung und gebe keine Alternative zum Kapitalismus als ‚roten Ruin und den Zusammenbruch der Rechtsordnung' . . . Darum der große konservative Kettenschluß: ‚Soziale und koloniale Gärung ist Kommunismus. Kommunismus ist sowjetische Angriffspolitik. Also verlangt die Selbstverteidigung (oder die Verteidigung gegen die sowjetische Angriffspolitik oder gegen die kommunistische Verschwörung, oder die Verteidigung der freien Welt, der Demokratie, der Religion oder was man sonst will) die Unterdrückung der sozialen und kolonialen Gärung und den Eingriff in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, nötigenfalls mit Waffengewalt und auf die Gefahr der Entfesselung eines Weltkrieges, um die Verteidiger der alten Gesellschaftsordnung an der Macht zu halten oder sie wieder zur Macht zu bringen.'

Die Geistesverfassung, die diesen Kettenschluß hervorbringt – die intellektuell

und moralisch verrückte Grundlage der britisch-amerikanischen Politik –, entspricht den Notwendigkeiten des Spätkapitalismus. Wettrüsten und Kalter Krieg werden zuletzt zum Selbstmord der Menschheit führen. Aber inzwischen sind sie nötig, damit die Gesellschaft des sogenannten freien Unternehmertums weiterleben kann. Denn das Wettrüsten ist ihre wirtschaftliche Stütze. Und der Kalte Krieg erzeugt die politische Atmosphäre, in der sich ihre Verteidiger allein an der Macht halten können.»

Es ist, so schließt Zilliacus, eine Frage von Leben und Tod, ob sich die Völker noch länger so zum Narren halten lassen wollen oder ob genug Menschen aufwachen werden, bevor es zu spät ist. Ich glaube dasselbe, ich habe es oft genug ausgesprochen, und ich werde nicht aufhören, es zu sagen, solange mir Leben und Kraft gegeben sind. Im Angesicht des zunehmenden Zerfalles der alten Ordnung und der auf sie begründeten Politik sind wir zu einem *Neuaufbau* gerufen, dem wir uns weder durch Herzensträgheit noch durch Selbstverblendung entziehen dürfen. Sogar die Stützen der bestehenden Ordnung merken ja allmählich, daß etwas daran faul ist. In der «Neuen Zürcher Zeitung» schrieb zum Beispiel vor etlichen Wochen Salvador de Madariaga, dieser so heftig antikommunistische «Freiheitskämpfer»:

«Es ist eine schmerzliche Pflicht, feststellen zu müssen, daß die beiden angelsächsischen Regierungen, in deren Händen das Schicksal der Welt heutzutage liegt, schlechthin unfähig zu sein scheinen, sich über das Niveau zu erheben, das dem Zeitalter der nationalistischen Machtpolitik angemessen sein mochte ... Nun trägt aber diese Politik – und eine andere haben sie nicht – den entscheidenden Faktoren, welche die gegenwärtige Lage bestimmen, keine Rechnung. An erster Stelle ist da das dringende Bedürfnis nach einer vernünftigen *Organisation der gesamten Menschheit* auf dem ganzen Planeten zu nennen, sodann der bemerkenswerte Erfolg, den die Sowjetunion damit hat, daß sie diesem Bedürfnis mit einer Doktrin und einer Politik entgegenkommt, die, ungeachtet ihrer Mängel und ihrer Verbrechen, eben das entscheidende Charakteristikum für sich hat, universal zu sein ... Der Westen ist eifrig bemüht, sich mit einem ehernen Panzer gegen die Schwertstreiche des Ostens zu schützen; aber der Osten denkt gar nicht an Schwertstreiche. Er dringt unter diesen Panzer mit seinen politischen Mikroben. Wenn sich der Westen nicht auf ein *höheres Niveau der Politik* zu erheben vermag, geht er an kommunistischer Auszehrung zugrunde!»

Ja, gewiß, die Westmächte müssen sich auf ein höheres Niveau der Politik erheben, wenn sie in der Konkurrenz mit den kommunistischen Ländern nicht hoffnungslos unterliegen wollen. Nur schließt eben dieses «höhere Niveau» auch etwas in sich – und etwas ganz Grundlegendes –, was der spanische Liberale leidenschaftlich verwirft: eine nicht auf egoistischen Gewinn, sondern auf gegenseitige Hilfe ausgerichtete Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft, also (mit den hergebrachten Begriffen) den Übergang vom kapitalistischen zu einem sozialistischen Regime, das auch erst persönliche und politische Freiheit zu verbürgen vermag. Auf *dieser* Grundlage erst kann sich die «vernünftige Organisation der gesamten Menschheit» erheben, die de Madariaga wünscht, und die weder der alte Völkerbund noch bisher die Vereinten Nationen fertigzubringen imstand waren. Und in *diesem* Sinne darf man auch

die gewaltigen Ansätze zu einer nichtkapitalistischen, solidarischen Gesellschaftsform, die in den kommunistisch regierten Ländern sichtbar geworden sind, als tragfähigen Unterbau für eine umfassende Friedensordnung begrüßen. Dies doppelt, weil sich neben dem kommunistischen «Friedenslager», wie es sich selbst gern heißt, mehr und mehr eine keinem der beiden großen Machtblöcke verpflichtete Staatengruppe erhebt, die als «dritte Kraft» sehr wohl eine entscheidende Rolle im Kampf um den Frieden zu spielen vermag. Ich denke an das titoistische Jugoslawien wie an das sozialistisch orientierte Burma, an Nehrus Indien und das junge, befreite Indonesien, aber namentlich auch an die ganze Welt der noch immer kolonialen und halbkolonialen Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die sich aus ihrem Schlaf erhebt und ihre Riesenkräfte zu sammeln beginnt, denke aber nicht zuletzt auch an europäische Länder wie Finnland, Schweden und Österreich, denen sich vielleicht sogar unsere «neutrale» und doch geistig wie politisch und wirtschaftlich so stark dem Westen verhaftete Schweiz beigesellen wird.

Im Rahmen der *UNO* können sich all diese Kräfte, wenn sie sich bewußt zusammenschließen, auf eine Art entfalten, die die größten Möglichkeiten für den Frieden und die Wohlfahrt der Völker eröffnet. Die UNO hat – darauf wurde hier schon früher mit Nachdruck verwiesen – durch die Aufnahme von 16 neuen Mitgliedern ihren Charakter wesentlich geändert; sie ist nicht mehr einfach ein Werkzeug der amerikanisch-westeuropäischen Machtpolitik im Dienste des militanten Antikommunismus, so sehr und so oft sie auch in gewissen politischen Fragen noch eine «westliche» Mehrheit aufbringen mag. Die *alte*, fast mechanisch herstellbare Mehrheit, auf die, großenteils dank der Satellitenrolle der meisten lateinamerikanischen Regierungen, die Vereinigten Staaten bisher zählen konnten, besteht tatsächlich doch nicht mehr, und der Weg wäre damit grundsätzlich frei für einen Neuanfang der Friedensarbeit, die der UNO bei ihrer Gründung überbunden worden ist. Ob dieser Weg auch wirklich beschritten wird, hängt in erster Linie von denjenigen Völkern ab, denen das Verhängnis der westmächtlich-amerikanischen Gewaltpolitik klar geworden ist oder klar zu werden beginnt, und die wissen, daß friedlicher Wettbewerb unter den Nationen, verbunden mit gegenseitiger Hilfe, kein bloßes schönes Ideal oder gar nur ein täuschendes Phantom ist, sondern eine ganz praktische, lebenswichtige Notwendigkeit, die ein Volk nur um den Preis seines Abstiegs, ja Ruins mißachten kann.

11. April *Hugo Kramer*